

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus dem Landesparlament von Baden-Württemberg

Ausgabe 1/2016

27. Januar 2015



*Liebe Leserinnen und Leser,*

am 27. Januar 2016 fand die 148. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg statt. Auf der Agenda standen u.a. eine Aktuelle Debatte zur Bildungspolitik und die Berichterstattung der Enquetekommission zur Pflege in Baden-Württemberg, worüber ich Ihnen heute näher berichten möchte.

Am 27. Januar jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 71. Mal. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sollte uns auch vor Augen führen, welche besondere Verantwortung unser Land aufgrund seiner Geschichte trägt. Gerade in der herrschenden Flüchtlingssituation müssen wir für unsere demokratische Freiheit einstehen und die sozialen und politischen Errungenschaften unserer Gesellschaft verteidigen. Dabei müssen wir jedweder Art von Menschenhass, Rassismus und Hetze vehement entgegentreten.

Mit der AfD werden gefährliche rechtspopulistische Stimmen laut, die die Angst in der Bevölkerung schüren und die Gesellschaft spalten will. Der Kampf gegen den Rechtspopulismus ist mir als Sozialdemokrat ein sehr wichtiges Anliegen. Die einfachen Lösungen, die dieser Populismus verspricht, gibt es nicht. Um die immensen Herausforderungen dieser Tage bewältigen zu können, brauchen wir kluges, umsichtiges und vorausschauendes politisches Handeln, keine Hetzparolen. Und wir brauchen die Unterstützung der Menschen in unserem Land. Ich wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Andreas Stoch MdL

## Investitionsschwerpunkt Bildung

### **SPD: Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen**

Im Rahmen einer Aktuellen Debatte wollte die SPD-Landtagsfraktion demonstrieren, dass Bildung nach wie vor im Zentrum ihrer Regierungspolitik steht und einen besonderen Investitionsschwerpunkt im Landehaushalt darstellt.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** betont, dass der Kultusetat 2016 erstmals die 10 Milliarden Euro-Grenze übersteigt: „Das hat es in der Geschichte Baden-Württembergs noch nicht gegeben!“ Zu verdanken sei dies der umsichtigen Haushaltsführung von Finanzminister Nils Schmid. Die Lehrereinstellung sei trotz rückläufiger Schülerzahlen auf Rekordniveau, der Unterrichtsausfall deutlich abgesenkt, die Überstundenbugwelle mehr als halbiert. Grün-Rot habe den Lehrern die Unterstützung zukommen lassen, die Schwarz-Gelb ihnen viele Jahre verwehrt hatte.

**Volker Schebesta** (CDU) wirft der Landesregierung vor, den Bildungshaushalt zum „Raubbau“ heranzuziehen und an den Lehrergehältern zu sparen. Der Anteil des Bildungsetats zum Gesamthaushalt sei nicht gestiegen. Mit der CDU werde Bildung wieder zum Investitionsschwerpunkt.

**Sandra Boser** (Grüne) entgegnet, Bildung sei weitaus mehr als nur die weiterführende Schule. Gerade beim Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Sprachförderung habe Grün-Rot viel vorangebracht. Ebenso sei die Kooperation zwischen Kitas und Schulen verbessert und die Grundschule gestärkt worden. Der Opposition hält sie Planlosigkeit vor und fordert konkrete Aussagen zur Finanzierung.

**Dr. Timm Kern** (FDP/DVP) wirft der Landesregierung vor, ihre Reformen auf dem Rücken der Lehrer auszutragen und diese zu bevormunden. Er kritisiert, dass die Klassenteiler nicht abgesenkt und die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft wurden und die Gemeinschaftsschule privilegiert werde.

Für Kultusminister **Andreas Stoch** (SPD) sind Bildungsausgaben wichtige Investitionen in die Zukunft. Bildungspolitik könne nur gelingen, wenn ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt und funktionsfähige Strukturen geschaffen würden, die sich an den gesellschaftlichen Veränderungen orientierten. Ziel sei eine gerechtere Bildung für alle, unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation. Daran habe Grün-Rot seit 2011 mit aller Kraft und Erfolg gekämpft. Lehrer stünden dabei im Zentrum der Bildungsreform: Veränderte pädagogische Realitäten müssten in der Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

## Pflege in Baden-Württemberg

**SPD: „Pflege betrifft alle!“**

Der Landtag hat im März 2014 auf Antrag aller Fraktionen eine Enquetekommission zur Pflege in Baden-Württemberg eingerichtet mit dem Ziel, die Situation der Pflege zu untersuchen und zu überprüfen, wie die vorhandenen Rahmenbedingungen verändert und welche Impulse gegeben werden müssen, um eine qualitativ hochwertige Pflege dauerhaft sicherzustellen. Nun wurde der Bericht mit entsprechenden Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Für den Vorsitzenden der Kommission **Helmut Walter Rüeck** (CDU) ist der Bericht „fundierte Basis und politischer Kompass für eine zukunftsorientierte und generationengerechte Pflege in Baden-Württemberg. Man wollte verlässliche Datenbanken erhalten, die Entwicklung seit Einführung der Pflegeversicherung prüfen und Prognosen bis 2013 stellen. Dabei habe immer der Mensch im Mittelpunkt gestanden.

**Bärbl Mielich** (Grüne) schließt sich dem an. Der Mensch stehe im Mittelpunkt und solle selbst entscheiden können, wie er alt werden wolle. Die Politik müsse dafür die Rahmenbedingungen schaffen. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Für den sozial- und gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Rainer Hinderer** sind Investitionen in die Pflege ein Zeichen der Nächstenliebe und gelebte Generationensolidarität. Der demographische Wandel werde die derzeitigen Probleme in der Pflege weiter verstärken. Entscheidend sei zukünftig, die familiäre Pflege zu stärken und Angehörigen schnelle und qualifizierte Hilfe zu gewährleisten. Dafür brauche man bessere Beratungsstrukturen. Auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssten verbessert werden. Um Nachwuchs zu sichern, müsse der Pflegeberuf attraktiver gemacht und besser bezahlt werden. Auch müsse eine bedarfsgerechte Akademisierung stattfinden.

Auch **Jochen Haußmann** (FDP/DVP) votiert für die Weiterentwicklung des Pflegeberufs. Allerdings müsse der Grundsatz gelten: Rehabilitation vor Pflege. Reha müsse so angesetzt sein, dass sie die Pflege hinauszögere.

Sozialministerin **Katrin Altpeter** (SPD) unterstreicht, dass Pflege alle betreffe. Sie müsse zukunftsorientiert und generationengerecht ausgerichtet sein. Für Bereiche, die die bundesgesetzliche Pflegeversicherung nicht abdeckt, müssten Landeshaushaltsmittel bereitgestellt werden. Pflege solle ein selbstständiges Altern in Würde ermöglichen. Hier gehöre auch das Anrecht auf Einzelzimmer dazu. Bei der Wohnraumwahl und -gestaltung brauche es mehr Flexibilität und Bedarfsorientierung. Hier habe Grün-Rot mit dem neuen Wohn- und Teilhabegesetz wichtige Schritte getan. Auch die ambulante Versorgung müsse ausgebaut und gestärkt werden, damit mehr Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben könnten.

*Die Handlungsempfehlungen wurden einstimmig angenommen.*

## 148. Sitzung des Landtags

27. Januar 2016

### Top 1

Große Anfrage (CDU) [DS 15/7689](#)

**Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in Baden-Württemberg**

### Top 2

Aktuelle Debatte SPD

**Auf die Lehrer kommt es an – Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein**

### Top 3

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7957](#)

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze**

### Top 4

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7931](#)

**Gesetz zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und Änderungen von diesbezüglichen Vorschriften**

### Top 5

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung [DS 15/7932](#)

**Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde aufgrund der Vorgaben des 3. EU-Energiebinnenmarktpakets zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden**

### Top 6

Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission [DS 15/7980](#)

**„Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“**

---

### Weitere Informationen:

Alle Drucksachen können unter [www.landtag-bw.de/dokumente](http://www.landtag-bw.de/dokumente) abgerufen und ausgedruckt werden oder Sie wenden sich an mein Büro. Wir schicken Ihnen die Drucksachen dann kostenfrei zu.

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42

E-Mail: [andreas.stoch@spd.landtag-bw.de](mailto:andreas.stoch@spd.landtag-bw.de) |

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)